

3. Zur gleichen Zeit etwa wird dann – nach der Abschlußbesprechungsrunde in der E-Wirtschaft vom 28. 1. 1980 – ein neues, dickes, gedrucktes *Gutachten* vorgelegt werden, das über diese Umbaustudie hinwegtröstet. Es ist zu erwarten, daß in diesem Gutachten, das durch eine Reihe von Gutachtern im Auftrag der E-Wirtschaft angefertigt worden ist, sowohl der Standort des Atomkraftwerkes als auch die Endlagermöglichkeit im Wald-Mühl-Viertel als nun durchaus positiv gepriesen werden, trotz Fehlens der erforderlichen Bohrungen, trotzdem sich am Standort mit seiner unmöglichen Lage im Erdbebengebiet, über dem Grundwasserstrom der Donau, in der Westwindschneise Wiens usw. nichts geändert hat. Doz. W. Frank als wissenschaftlicher Organisator dieser Aktion hat ja schon *vor* Durchführung dieses Gutachtens mit Schreiben vom 31. 10. 1978 – also wenige Tage vor der Volksabstimmung – die Auffassung vertreten, geeignete Gebiete für Endlager finden zu können.

4. Nach dem Prinzip der doppelten Sicherheit hat inzwischen die Reaktorsicherheitskommission in ihrer Sitzung am 22. Oktober 1979 im Bundeskanzleramt über Antrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz einstimmig beschlossen, daß sich *Österreich am Projekt eines internationalen Lagers für radioaktive Abfälle beteiligen soll*. Und dies bei geltendem Atomsperrgesetz! Als ein an den Haaren herbeigezogenes Motiv scheuen sich die Betreiber nicht anzugeben, daß ja bei dem von Österreich (gegenüber der Stromausfuhr in wesentlich geringerem Maße) importierten Strom auch ein Atomstromanteil der Nachbarländer dabei sei! Daher soll nach deren Auffassung Österreich sich entweder finanziell an einem gesamteuropäischen Endlager beteiligen oder durch Bereitstellung geeigneter Lokalitäten in Österreich beitragen. Auch die Überlegung, ob sich Österreich an der Frage der Meeresversenkung der radioaktiven Abfälle aus den Kernkraftwerken engagieren soll, wird in der Reaktorsicherheitskommission diskutiert – in einer Kommission, die seit der Volksabstimmung ihre Lebensberechtigung längst verloren hat, aber trotz all unseres Drängens und persönlicher Vorsprachen bei Bundeskanzler Kreisky nicht aufgelöst wurde, sondern von Dr. Kreisky weiterhin am Leben gehalten wird und in diesem Sinne weiter agiert.

5. Erneut setzt der *Druck auf die öffentliche Meinung* ein, um sie in Richtung Atomkraft zu steuern, und zwar sowohl von außen (der deutsche Minister Matthöfer malt die möglichen nachteiligen Folgen auf den Stromimport nach Österreich wegen Fehlens eigener AKWs an die Wand) als auch von innen – etwa in den letzten Sonntagsreden der Politiker (Benya, Sallinger), durch obskure Meinungsumfrageergebnisse, die nur mehr 6 Prozent echte Atomgegner melden, usw.

6. Hinzu kommt das *Vorgehen gegen prominente Atomgegner*. Zunächst sucht man ihren Aussagen das Gewicht zu nehmen. Man zieht die gegnerischen Gutachter der Unzuständigkeit. Man „entdeckt“ bei ihnen einen „Karriereknick“ und versucht damit, ihre Haltung in Verbindung zu bringen. Man führt Prozesse gegen Einzelpersonen aus den Reihen der Atomgegner.

7. Eine weitere Taktik liegt in dem Plan, eine *Spaltung* in der Meinung innerhalb der Oppositionsparteien zu erzielen, die sich bislang klar genug gegen die gefahrenbelastete Atomenergie gewendet haben. So hofft man zunächst im Parlament, die Zweidrittelmehrheit zu gewinnen, andererseits auf dieser Basis dann eine Mehrheit im Volk (80 Prozent von Kienzl erhofft) zu erlangen. Kienzls Artikel vom 13. 12. 1979 in der AZ umreißt diese Taktik deutlich genug.

Die von langer Hand vorbereitete und nun in Kürze ohne Strommangel und ohne zureichenden realen Grund vom Zaun gebrochene Kampagne wird natürlich nicht, wie vordergründig angegeben, wegen Zwentendorf entfacht werden. Zwentendorf hätte im Optimalfall theoretisch 4,2 TWh im Jahre liefern können. Die vergleichbaren Siedewasserreaktoren in der BRD waren in der Praxis hingegen im Jahre 1978 durch ihre Pannenanfälligkeit bloß zu 35 Prozent verfügbar (Atomwirtschaft, 1L. 1979). Aber auch 4,2 TWh stellen bei einem Primärenergieaufwand von mehr als 300 TWh in Österreich nicht einmal 1½ Prozent dar, woraus

sich klar ergibt, daß Zwentendorf für die Energiezukunft Österreichs überhaupt nicht entscheidend ist. Entscheidend für die Betreiber hingegen wäre es, Österreich in ganzer Breite auf den Atompfad zu drängen und unser ganzes Land mit einer Kette von Atomkraftwerken zu überziehen (vgl. Abb.). Ein Ja zu Zwentendorf wäre ein Freibrief für eine breite Atomwirtschaft im ganzen Lande. Hier liegt das große Geschäft. Allein schon unter Berücksichtigung der Kosten eines Endlagers steht dieser Plan zum Nachziehen weiterer AKWs mit Sicherheit als Leitmotiv dahinter. Das Ausbrechen eines Landes aus den Plänen der internationalen Lobby kann von dieser nicht hingenommen werden – was nur zu deutlich schon aus den Ausführungen von Dr. Ulf Lantzke, dem Direktor der IAE/Paris, vom 30. 3. 1977 hervorgegangen ist.

In Wahrheit aber haben gerade die letzten einviertel Jahre nach der Volksabstimmung die Möglichkeit des Verzichtes auf Kernenergie – einschließlich dieses Winters – entgegen allen Vorhersagungen der Betreiber in unserem Lande bewiesen; eine psychische Umstellung bis tief in die einstigen Befürworterkreise (einschließlich Politiker und Journalisten) ist sichtbar geworden. Dr. P. Weiser (EVA) und viele andere haben ungeahnte und ungeheure Einsparmöglichkeiten auf dem Energiesektor in Österreich – wo Energie in Massen vergeudet wurde – aufgezeigt. Diese Einsparungen ohne Qualitätsverlust, für die schier unzählige Beispiele vorliegen, ersetzen bei gesetzlich gesicherter Durchführung ein Mehrfaches von Zwentendorf.

Bei Neuplanungen muß der moderne Stand der Technik im Hinblick auf Umweltschutz natürlich berücksichtigt werden. So sind etwa Kohlenkraftwerke nach dem Prinzip der Wirbelschichtfeuerung unter Hintanhaltung der Umweltbelastung und unter Nutzung der Abwärme zu errichten, nicht hingegen in der Art der kurzsichtigen Planung des Zwentendorfer Ersatzkraftwerkes Dürnrohr ohne Rücksicht auf Umwelt und einem jährlichen 1-Milliarden-Verlust (P. Weiser, 6. 1. 1980, Kurier) durch mangelhafte Abwärmenutzung.



AUS EINER STUDIE DER STADT WIEN

(Auswirkungen eines 800-MW-Kohlekraftwerkes im Tullnerfeld auf die Luftsituation in Wien)

Bestandsaufnahme der aktuellen Situation

Meteorologischer Aspekt

Eine wichtige Einflußgröße auf die atmosphärische Umwelt im Wiener Raum stellen meteorologische Parameter, wie z. B. Windrichtung, Windgeschwindigkeit usw., dar. Die Verteilung der Windrichtungen an Hand der Referenzstelle Hohe Warte ist in grafischer Form in Abb. 3-1 dargestellt. Daraus ist ersichtlich, daß zu allen Jahres- und Tageszeiten West- und Nordwestwinde am häufigsten sind. Ein sekundäres Maximum in den Windrosen bilden südöstliche Winde.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1980

Band/Volume: [1980_1-2](#)

Autor(en)/Author(s): Tollmann Alexander

Artikel/Article: [Statement zur Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft "Nein zu Zwentendorf" im IPZ \(4. 2. 1980\) 39-41](#)